Dresden

Bezahlkarte für Asylsuchende gestartet

[09.05.2025] Seit dieser Woche bekommen neu zugewiesene Geflüchtete in Dresden erstmals die neue Bezahlkarte. Damit ist die Einführung in Sachsen einen Schritt weiter. Ziel ist es, Bargeldauszahlungen zu reduzieren und Behörden zu entlasten.

Die Landesdirektion Sachsen hat in dieser Woche erstmals Geflüchtete mit der neuen Bezahlkarte nach Dresden zugewiesen, teilte die Behörde mit. Damit ist die elektronische Bezahlkarte nun auch in der sächsischen Landeshauptstadt eingeführt. Die Karteninhaberinnen und -inhaber können ab sofort in Dresden bargeldlos bezahlen. Die Bezahlkarte ist eine guthabenbasierte Debitkarte, die entweder als physische Karte oder per App auf dem Smartphone verwendet werden kann. Die technische Infrastruktur stellt der Anbieter Visa bereit. Nach Angaben der Landesdirektion Sachsen kann die Karte deutschlandweit an über 15.000 Akzeptanzstellen zur Zahlung eingesetzt werden.

Laut Landesdirektion Sachsen soll die Karte, mit der Bargeld lediglich in Höhe von 50 Euro pro Monat zur Verfügung steht, Geflüchteten die flexible Teilnahme am wirtschaftlichen Leben erleichtern. Gleichzeitig müssten Behörden seltener Bargeld auszahlen. Bei einem Umzug der Karteninhaberinnen und -inhaber kann die Karte an eine neue zuständige Behörde mitgenommen werden. Ein Onlineportal erlaubt Nutzenden Einblicke in ihre Umsätze oder eine Sperrung der Karte. Die sächsische Landesregierung sieht die Bezahlkarte als ein modernes und sicheres Zahlungsmittel. Man lege Wert auf Datenschutz, und durch das guthabenbasierte Modell würden keine Schulden oder Überziehungszinsen entstehen.

Die Einführung der Bezahlkarte ist Teil eines bundesweiten Projekts zur Digitalisierung im Asylwesen. Die technische Umsetzung erfolgt durch die Firma secupay aus Pulsnitz, die sich in einem europaweiten Vergabeverfahren durchgesetzt hatte. Sie kooperiert mit weiteren Unternehmen für die konkrete Umsetzung der Lösung. Die sächsische Landeshauptstadt hatte in den vergangenen Monaten nach eigenen Angaben die nötigen technischen und organisatorischen Vorbereitungen getroffen, um die Einführung der bundesweit einheitlichen Bezahlkarte zu ermöglichen. Die Stadtverwaltung richtete entsprechende Systeme ein. Die Kosten für Einführung und Betrieb übernimmt der Freistaat Sachsen.

(sib)

Stichwörter: Panorama, Bezahlkarte, Dresden